

Räteystems rechnen also mit einem Entwicklungsprozess von keineswegs geringer Dauer. Erst wenn durch ein allmählich aufzubauendes Räteystem die politischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen dazu geschaffen worden sind, kann ihrer Meinung nach die Diktatur des Proletariats herbeigeführt werden. Angesichts dieser Erkenntnis bleibt es nur unverständlich, warum man sich dann, und gerade im gegenwärtigen Wahlkampf zur Reichstagswahl am 6. Juni, über Diktatur und Räteystem so heftig ereifert! Denn das Bekenntnis zum Räteystem und zur Diktatur des Proletariats wird nicht nur als wichtiges Unterscheidungsmerkmal zwischen Unabhängigen und Reichstagssozialisten hervorgehoben, sondern auch ausdrücklich von den unabhängigen Kandidaten zur Rationalisierung gefordert. Ja, die Richtung Dämmig-Stöcker-Stöcker hätte gar zu gern die Kandidaten auch auf die Verpflichtung festgelegt, im Falle ihrer Wahl die parlamentarische Tätigkeit nicht zu positiver Arbeit, sondern zur Sabotage des Parlamentarismus und der Demokratie zu benutzen — Hebermannheiten, denen die gemäßigteren Vorstandsmitglieder Luitpold Siek, Ledebour und Crispian allerdings entgegengetreten sind.

Dass das vielumstrittene Räteystem einseitig nicht viel mehr als eine Idee, eine Theorie ist, wird gerade von den Befürwortern dieser Theorie zugegeben, die sich am gründlichsten und gewissenhaftesten mit ihr beschäftigt haben. So von den Nationalökonominnen und Wirtschaftspraktikern, die im April 1920 unter dem Titel „Wirtschaftliches Kampfbuch für Betriebsräte“ eine Sammlung von 100 Abhandlungen über das Räteystem veröffentlichten. Diese Verfasser, die sämtlich Anhänger des Räteystems und sozialistischen Rätekonstruktionen sind, warnen eindringlich vor leichtfertigen und plumpen Rätekonstruktionen. So schreibt Ernst Jacob: „Einer Erörterung der Form des Räteystems muß vorausgeschickt werden, daß hier naturgemäß nicht aufgestellt werden soll, zu welchem Gebäude sich die heutigen prägenden Anlagen entwickeln werden. Die dazu notwendige Sehergabe ist bislang noch nirgends festgestellt worden. Das Räteystem wird jedenfalls in Kürze ein fix und fertiges Gebäude darstellen, sondern sich immer mit der Entwicklung der Revolution verbessern.“ Friedrich W. Mind wörtlich gleichfalls, aus der Räteidee ein Räteystem zu machen: „Ein funktionierendes, erdachtes Räteystem kann niemals die Räteidee verwirklichen.“ Und Müller-Neuhaus schreibt über die Sozialisierung der Wirtschaft: „Wann dieser Übergang eintreten wird, das hängt davon ab, ob es gelingt, in die breiten Massen des Volkes diejenigen Kenntnisse hineinzutragen, die notwendig sind, um geeignete und ungeeignete Führer in Produktion und Wirtschaft zu unterscheiden.“ Um praktische Vorarbeit für den Aufbau der wirtschaftlichen Räteorganisation zu leisten, hatte der Berliner Vollzugsrat einen Entwurf des Räteaufbaues ausgearbeitet, der die industrielle Erzeugung nach neun großen Reichsgruppen gliederte. Aber gerade von diesem praktischen Vorstoß behauptet Mind, daß er eine ungeheure Unkenntnis der Vielseitigkeit und der wahren inneren Zusammenhänge der deutschen industriellen Produktion beweise: „Nur ein Ignorant kann sich anmaßen, den Aufbau der sozialistischen Produktion mit ein paar Federstrichen abzumalieren. Wir müssen . . . lernen, daß unsere erste und wichtigste Aufgabe ist, uns eine gründliche Kenntnis des gesamten Wirtschaftslebens anzueignen.“

Tanach wäre also festzustellen, daß das Räteystem, das in der Agitation der deutschen Linksunabhängigen und Kommunisten eine so große Rolle spielt, keineswegs einen unmittelbaren, sofort funktionsfähigen Ersatz der Demokratie und des Kapitalismus darstellt! Die logische Folgerung ist, daß es nicht von heute auf morgen improvisiert, sondern erst allmählich aufgebaut werden kann. Dann ist aber auch nicht zu bestreiten, daß die Demokratie und mindestens anfängliche Reife des heutigen Wirtschaftslebens vorläufig gar nicht entbehrt werden können. Nach Dämmig ist ja die Diktatur des Proletariats erst dann möglich, wenn sie durch das Räteystem organisatorisch hinlänglich vorbereitet ist, und das Räteystem hinwiederum kann erst durch die praktische Be-

tätigung im Wirtschaftsprozess ein lebensfähiges und tragfähiges Gebilde werden. Aber selbst wenn die deutsche Arbeiterklasse heute schon die politische Diktatur erobern könnte; an eine durchgreifende Sozialisierung der Produktion wäre gerade nach Ansicht der deutschen Rätebeobachter nicht eher zu denken, als bis sich das Proletariat mit seinen schwierigen und komplizierten wirtschaftlichen Funktionen hinlänglich vertraut gemacht hätte. Auch Kautsky sagt in dem Jahrbuch „Die Revolution“: „Je weniger wir uns heute den Luxus von Lehrgeld erlauben dürfen, desto notwendiger wird es, jede Sozialisierung genau vorzubereiten. Nichts ökonomisch ruinöser, als die überhastete, schablonenhafte Manier der Sozialisierung, wie sie in Rußland und Ungarn vorgenommen wurde. Es wäre bei unserer Armut auch doppelt notwendig, überall dort, wo sozialisiert wird, jene Seiten besonders stark hervorzuheben zu lassen, die die sozialistische Arbeit produktiver machen als die kapitalistische, und andererseits alles zu vermeiden, was jene Arbeit unproduktiver machen könnte.“

Kautskys Warnung vor einer Nachahmung der russischen Sozialisierungsmethoden ist um so begründeter, als in Deutschland Industrie und Handel einen ganz andern Anteil an der Volkswirtschaft und einen unendlich viel größeren Prozentsatz der Gesamtbevölkerung umfassen, als in dem Agrarland Rußland. Bereits im Jahre 1907 waren in den gewerblichen Betrieben allein 14 348 000 Personen beschäftigt. Während heute in der ganzen Industrie Sowjetrußlands nicht viel mehr als eine Million Arbeiter beschäftigt sein sollen, gab es in Deutschland schon vor 13 Jahren — eine neuere Berufs- und Gewerbezahlung liegt nicht vor — allein in der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie weit über doppelt so viel Arbeiter. In den Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern waren annähernd 1/3 Millionen Personen beschäftigt. Der deutschen Stadtbevölkerung gehörten 1910 60 v. H. der ganzen Bevölkerung an, der Landbevölkerung nur 40 v. H. Mehr als ein Fünftel der Bevölkerung wohnte in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern, 34,2 v. H. in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern. Jede weitere Stärkung der ohnehin so schwer zerrütteten Volkswirtschaft, jede Verzögerung ihres Wiederaufbaues müßte deshalb ungeheure Katastrophen über das deutsche Volk bringen.

Die Beilegung des Falles Nicolai. Wiederherstellung der Zensurfreiheit.

Zur Beilegung des Falles Nicolai hat der Minister für Wissenschaft Kunst und Volksbildung folgenden Erlaß unter dem 26. Juni an Rektor und Senat der Universität Berlin gerichtet:

Dem Schreiben des Senats vom 8. Mai entnehme ich, daß ich und der Senat bei Beurteilung und Behandlung der Angelegenheit Nicolai von grundsätzlich verschiedenen Gesichtspunkten ausgegangen sind. Mir war, als ich zu einer Besprechung der durch die Demonstration der Studentenschaft geschaffenen Sachlage im Senat trat, ausschließlich darum zu tun, daß dem Senat Gelegenheit gegeben werde, sich über das frühere Verhalten Nicolais und seine Beweggründe in direktem Einvernehmen mit ihm ein höheres Urteil zu verschaffen, um darauf gelehrt den bei den Studenten bestehenden Bedenken mit autoritativen Aufklärungen zu begegnen. Der Senat hingegen hat, wie ich sehe, geglaubt, daß er in einem Streit zweier Parteien einen Schiedsspruch fällen solle, dem sich der unterliegende Teil zu unterwerfen habe. Wenn ich auch dieser erst in dem letzten Schreiben des Senats deutlich klar gelegten Auffassung nicht beipflichten kann, da sie den durch Nicolais Ernennung zum außerordentlichen Professor bekräftigten Anspruch auf unbedingte Ausübung seines Lehrechts gerade wird, so überstehe ich doch nicht, daß der Senat in seiner Anschauung durch die von Nicolai im Protokoll vom 23. Januar 1920 anerkannten Bedingungen gänzlich beschränkt werden konnte. In dessen hätte der Senat meines Erachtens auch von seinem Standpunkt aus bei Eingang des von Nicolai erklärten Widerspruchs er-

tennen können, daß dadurch dem Schiedsrichterlichen Verfahren die Grundlage entzogen war.

Bei dieser Beurteilung der Sachlage habe ich die völlige Absehung aller bei dem Verfahren Beteiligten von der Mithatigkeit ihres Vorgehens und ihrer Uebereinstimmung mit meinen Anschauungen unbedenklich vorausgesetzt; insbesondere richtete ich keine meiner Erklärungen gegen einzelne Personen, sondern lediglich gegen die m. E. irrige Einschätzung der Situation. Die Annahme des Senats, daß in diesen Verlautbarungen für die Disziplinargeschichte der Universität wie für den Senat eine schwere Verletzung gelegen habe, entbehrt daher vollständig der Begründung.

Was mir vor allem ausschlaggebend mein Ziel, das durch das Verhalten eines Teils der Studentenschaft zweifellos verletzte Recht der Zensurfreiheit wiederherzustellen. In der Uebereinstimmung von der Berechtigung dieser Sorge weiß ich mich mit dem Senat einig. Ich verzichte deshalb darauf, daß, wenn Professor Nicolai nach weiteren Verhandlungen mit mir den Wunsch nach Wiederannahme seiner Vorlesungen äußern wird, der Senat für einen ungehörigen Verlauf der Amtstätigkeit Nicolais jede notwendige Vorkehrung treffen wird.

Der Bekanntmachung dieses Erlasses an die Studentenschaft fügt der Rektor Prof. Eduard Meyer die Bemerkung hinzu, daß die Universitätsbehörde ihre Pflicht, die Zensurfreiheit zu schützen und jede Störung der Vorlesungen zu hindern und vorzubeugen, falls zu bestrafen, jederzeit anerkennt hat. Er fügt dann fort: „Das ist auch in der Entscheidung des Senats in der Angelegenheit des Prof. Nicolai vom 8. März d. J. ausdrücklich ausgesprochen. Herr Prof. Nicolai hat diese Entscheidung des Senats selbst angerufen, und seine am 23. Januar zu Protokoll gegebene Erklärung, daß er sich über der Universität gegenüber setzen wolle, war die unumgängliche Voraussetzung dafür, daß der Senat die Untersuchung übernommen hat. Für den Fall, daß in dem Ministerialerlaß angedeutet wird, Herr Professor Nicolai nun doch seine Vorlesungen wieder aufnehmen sollte, richte ich an die Studentenschaft die dringende Mahnung, jede Störung dieser Vorlesungen zu unterlassen; und ich habe zu ihnen das begründete Vertrauen, daß sie dieser Mahnung folgen, jeden neuen Konflikt vermeiden und durch gewissenhafte Haltung des Gehörs die Würde der Universität wahren werden.“

Eine totgeschwiegene Konferenz. Der Kampf um die Reise nach Moskau.

Wir erinnern uns einer Zeit, da die „Freiheit“ jeden Tag irgendeinen jämlich belanglosen Bericht brachte und ihn mit den geistvollen Worten versah: „Der „Vorwärts“ fäheveig!“ . . . Wenn wir heute diese mysteriösen Worte gleichfalls aufsprechen und feststellen, daß die „Freiheit“ fäheveig und zwar recht beharrlich, so haben wir zu unserer Verwunderung hierüber weit mehr Berechtigung. Wir sind nämlich in der Lage, von einer Konferenz der unabhängigen Parteiführer zu berichten, die für die Zukunft der U. S. B. von entscheidender Bedeutung sein wird, und die doch von dem unabhängigen Zentralorgan völlig totgeschwiegen wird. Die Vorgeschichte dieser Konferenz ist kurz folgende:

In Moskau findet zurzeit der Kongreß des Vorkongressauslasses für die Dritte Internationale statt, auf dem deutlich zu vernehmen gegeben wurde, daß die nichtrussischen sozialistischen Parteien von ihren Thomas, Kautsky, Hilferding, Crispian und Turati befreit werden müßten, da diese „Schwankenden“ im Falle einer Revolution dieser in den Rücken fallen würden. Eine ähnliche Warnung wird voraussichtlich auch an die deutschen Komunisten abgehen, da diese nachgelassen hätten, die Bewegung im Ruhrgebiet zu unterstützen! Als Antwort auf die Bitte der unabhängigen um Aufnahme in die Dritte Internationale wurden 10 Punkte aufgestellt, die von den Unabhängigen bedingungslos angenommen werden müßten. Auf die 10 Punkte können wir im Augenblick aus Raumangelgründen nicht eingehen, so interessant sie auch sind, nur der letzte sei erwähnt. Er lautet klar und unzweideutig:

„Die Unabhängigen müssen sich mit Spartakus vereinigen.“

Diese Aufforderung führt den Unabhängigen doch außerordentlich in die Glieder, und am 28. Juni — die Frei-

diesen fünf Jahren seiner Direktion nicht eine einzige Zeile der Entschuldigungen für sein ungläubliches Verhalten geschrieben, auch den 30. Geburtstag völlig ignoriert. Dann vom Hause Desferre! Ende gut, alles gut! Schwamm drüber!“

Das Buch Hellborns ist eine verdiente Brandmarkung. Der, dem sie die Haut schmeißt, ist wirklich nicht zu beneiden.

Eine kuriose Denkmalsentwässerung, die eine originelle Verhöhnung des gegenwärtig in Frankreich herrschenden Denkmalsiebers darstellt, wurde von einer Schaar junger Künstler und Studenten auf dem Montmartre veranstaltet. Zum Veranschaulichen einer großen Menge zog eine groteske Prozession in geschichtlicher antiker Bekleidung auf dem Ort, wo bereits vorher die von einem Tuch umhüllte Statue des großen „Ilzevit Madero Stenophras de Tortre“ aufgestellt worden war. Lange Bestreden wurden zu Ehren dieser Verhöhnung veranstaltet, deren 35 Werke völlig vergeblich seien. Dann fiel die Hülle und man erblickte die Statue des berühmten Mannes auf dem Kopf stehend, mit den Beinen in der Luft. Man wollte sie antreiben, aber die einzelnen Gliedmaßen blieben den Denkmalsentwässern in der Hand und wurden nun im Triumph herumgetragen.

Gelehrten und Hochfrequenzströme. Zur Behandlung des Neuschwanzens empfiehlt Dr. Hermann Gassel in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ die Hochfrequenzströme, zum Teil unter Zuhilfenahme der Hohensohle. Die Behandlung erstreckte sich bei Erkrankungen von Seiten der Nase und der Augen auf 20 Minuten Dauer; bei Nasenkatarrh kam Bestreichen der Brust hinzu. Durchschnittlich waren 10 Sitzungen in täglicher Folge oder in Abständen von einigen Tagen notwendig. Von 9 Fällen bestanden vier im ersten Jahre und, wie es scheint, endgültig. Bei zweien trat Besserung ein.

Antikankerkämpfung Berlin 1920. Für die Abteilung der Kometengruppe III ist ein 30 Seiten langes ländliches Ersuchen (Preis 1,50 M.) unter Verzicht auf förmliche Werbung gibt er eine sehr lockere Schilderung und Schilderung in die Arbeiten moderner Kunst, aus dem breiten Publikum die Betrachtung zu erleichtern.

Die Berliner Akademie der Wissenschaften hat sich zur Einstellung ihrer Veröffentlichungen gedrängt gesehen. Sie kann die Veröffentlichungen nicht mehr bezahlen. Bevor eine Entscheidung möglich ist, ob sie überhaupt noch etwas veröffentlichen kann, gibt sie nur noch die früher den Sitzungsberichten beigedruckt summarischen Inhaltsangaben über ihre Arbeiten aus.

Die Chemieprofessur an der Berliner Universität, Emil Fischer's Lehrstuhl, ist dem Münchener Professor Heinrich Wieland angefallen worden.

Der Geograph Alexander Zuban, der in Brestlitse litt, im Jahre 1919 in Brestlitse, die bedeutendste deutsche erdunabhängige Zeitschrift, herausgab, ist 78 Jahre alt gestorben.

Paul Geringer hat eine tolle Idee. Der Kammer 13 n. e. r. vollendet. Es ist sein Erbling auf dramatischem Gebiet. Ein vollständiges Manuskript liegt dem Text zugrunde.

Sarah Brown's Preisbegründung in San Francisco fand, wie in der Beilage eines Deutschen in unserer letzten Nummer mitgeteilt ist, in der Halle statt, daß die Liste der Verstorbenen über der Freiheit's Halle der Stadt in die Liste gesteckt wurde.

„Semgericht“.

Von Willi Birnbaum.

Es laute ein heftiges Semgericht inmitten alterwürdiger Stadt in rauchgeschwängertem Gasthofszimmer. Nicht von der hohen Geistlichkeit sind sie, die Reum, auch nicht von adligem Geblüt, Arbeitsmänner in verfallenen Blusen raten über den Spruch.

Schwärzig sah einer zur Spitze des Tisches. Anlagend sprach er, Wätern in Allen: „Denk Euch, Ihr Brüder, er glaubt nicht an unseren Gott, diemsel er zwei Jahr vor und erst gepredigt; er ährt über Dogmen, die er Schmagorte heißt, er will andere Religionen dulden neben der unseren, er predigt Freiheit des Meistes“, die wir die Macht des Diktats erschauern, er zweifelt an der Allmacht und höheren Einsicht unserer Oberpriester — denkt Euch (mit erhobener Stimme), er glaubt an die große, folgende Kraft der Idee, die er nennt Liebe zum Volk, zur Menschheit, so stremt sich auszuweisen wird im Rahmen der großen Gemeinschaft; darum er verabscheut die rohe Gewalt, so allein uns zum Heile führt — er ist Demokrat, der Narr! . . .“

Und die acht anderen schwiegen.
„Er nennt sich noch immer unser Bruder. Hier vor uns liegen Aufsätze, Schriften mit seinem Namen. Sie sind Weisheit seines Geistes. Die Reinde schon können und droh. Was brauchen wir Wissen — wir wollen Macht, Allmacht; was können — wir haben Wollen; was Macht — wir haben Sehnsucht; was kritische Naturen — wir haben Mühselig; was Praktiker, Kämpfer im Arbeiten — wir haben Märtyrer; was Wegbahner — wir haben Hülfsänder! Was brauchen wir mehr noch?“

„Was brauchen wir mehr noch?! . . .“ sprachen sieben andere ihr sich nach.

„Brüder, gebt den Spruch!“

Da hat einer ums Wort: „Man rufe ihn; er spreche, wir wollen ihn hören!“

Der erste Sprecher meinte: „Ich sprach Euch alles; er mocht Euch nicht, ist ein Meister der Rede und ein Gelehrter zudem. Er gibt Euch Zahlen und nackte Bilder. Ich widerspreche.“

Und die sieben anderen schwiegen. Die Verurteilung des „Narren“ war somit abgelehnt.

In Kürze sodann fiel der Spruch: „Verdammt! Achtung! Achtung! Ausschluss aus der Gemeinschaft menschlichliebender Brüder!“

„Acht Acht sprachen „Für“, nur einer war unbeschrieben.
So geschah im Jahre neunzehnhundertzwanzig im Lande der freien Rede, der freien Schrift.
Der da noch lacht? . . . Es ist bitter ernst!

Briefe aus Hädels Wartezeit. Der Streit, der über dem Grabe des großen Gelehrten und edlen Menschen Ernst Hädel entbrannt und bereits in verschiedenen Zeitungen sowie Zeitschriften ausgedehnt wurde, findet nun seinen Ausdruck in einem soeben bei Hoffmann u. Campe in Berlin erschienenen, schon von uns angezeigten Buch „Die Vertragshilfe Ernst Hädels“ von Dr. Adolf Heilborn seinen Ausdruck. Das Buch erhebt schwere Anschuldigungen brüder und rücksichtslos Verleumdung gegen Prof. Ludwig Plate, den Nachfolger auf Hädels Lehrstuhl und in der Leitung des von ihm begründeten Physiologischen Museums. Wir geben hier einige Stellen aus Briefen des großen Forschers, die er im letzten Jahrzehnt seines Lebens schrieb und die tiefe Einblicke in seinen feilschen Zustand gehalten. Einem ehemaligen Assistenten, der von Unterstützung des auf einer Studienreise schwer erkrankten Zoologen H. Mittel, antwortete Hädel am 29. November 1900:

„Erit längerer Zeit bin ich krank. Ich hatte einen schlechten Sommer und lese jetzt als Emeritus — und Eremitus — ganz zu Hause. Mein Antischnädel, Professor Plate, erhebt gleich nach seinem Amtsantritt den Anspruch, das Physiologische Museum, dessen Gründung ich so große Opfer gebracht habe, ganz allein einzurichten. Er erklärte offiziell, daß er keine über meine Lebzeiten hinausgehende Bestimmung von mir anerkennen werde. Da ich unglücklicherweise — in leibhaftigen Vertrauen! — ihm alle Befugnisse und Geldmittel des Museums von vornherein zugesprochen hatte, habe ich nunmehr — außer meinem Archivarium — keinerlei Rechte mehr. Es ist also leider nicht daran zu denken, Dr. H. aus Mitteln des Zoologischen Instituts oder des Physiologischen Museums eine Unterstützung zukommen zu lassen. Ebenso bin ich auch persönlich dazu nicht imstande, meine Mittel für die großen Summen, die ich dem Physiologischen Museum gespendet habe — Bau und Einrichtung haben die ursprünglichen Schenkungsansätze weit überzogen — ferner durch das Versiegen früherer Einkommensquellen so erschöpft, daß ich zu größter Sparsamkeit gezwungen bin.“

In einem Brief vom 3. November 1912 berührt Hädel seine Beziehungen zu seinem Nachfolger: „Mein Verhältnis zu Professor Plate ist jetzt insoweit befriedigend hergestellt, als ich — durch die persönlichen, amtlichen, räumlichen und finanziellen Verhältnisse gezwungen — seine Forderungen im wesentlichen bewilligt und meine Ansprüche in voller Relation auf ein Minimum reduziert habe. Wir haben, nachdem ich ihn zwei Jahre nicht gesehen und gesprochen, zwei längere persönliche Ansprachen gehabt. Plate ist wohl — nachdem er von allen Kollegen beschlachtet wurde — sein schweres Unrecht allmählich eingesehen. Er hat es dadurch teilweise gut gemacht, daß er das Physiologische Museum, das seit Mai eröffnet und viel besucht ist, wirklich gut und melancolischen Plänen entsprechend eingerichtet hat.“

In einem Brief Hädels vom 4. April 1914 heißt es: „Plate verhält unehrlich in seiner feindseligen Haltung und wird deshalb von allen Kollegen beschlachtet. Er ist, um den Worten des 30. Geburtstages zu entsprechen, im August 1913 nach Göttingen gereist und erst vorige Woche zurückgekehrt. Ich habe außer allem Verzehe mit ihm, obgleich ich alle mit geschickten Büchern usw. nach wie vor an die Bibliothek des Zoologischen Instituts abgebe. Plate hat mir in

